

AfD-Stadtverordnete zerplücken den Antrag 'Frankfurt wird sicherer Hafen' der Linken-Fraktion

Die Stadt heißt Frankfurt am Main und nicht Frankfurt am Mittelmeer!



Oliver Wurtz: Mit ihrem Antrag NR 620 sehen wir wieder einmal, wes' Geistes Kinder die Linken sind. Da hat man ein Sammelbecken von Unwahrheiten, Halbwahrheiten, falschen Fakten und Märchen. ‚Oft werden Begriffe benutzt, um Politik zu legitimieren‘, sagt Günter Burkhardt, Geschäftsführer der Organisation Pro Asyl. Und in diesem Punkt gebe ich ihm sogar ausnahmsweise Recht. Es gibt keine ‚Geflüchteten‘, - jedoch unter anderem Asylbewerber, Arbeitsmigranten und Wirtschaftsmigranten. In der gesamten Debatte ist man inzwischen aber noch einen Schritt in Richtung Wahnsinn weitergegangen: Während die grüne Jugend Asyl für Klimaflüchtlinge fordert, will ein grüner Bundestagsabgeordneter ganz offiziell wissen, ob die Bundesrepublik Deutschland nach Außerirdischen sucht. Hier fordert man nicht nur das Asyl für Alle, sondern gleich noch das Asyl für Nicht-Existierende!

Markus Fuchs: Nicht nur mir ist in dieser Plenarsitzung aufgefallen, dass sich die meisten Wortmeldungen nicht mit dem Antrag befasst haben, sondern global-galaktische Ausführungen waren. Kommen wir daher auf den eigentlichen Antrag zurück. Der Kernsatz - Absatz 2 - lautet: Die Stadt Frankfurt erklärt sich zu einem sicheren Hafen und nimmt freiwillig aus Seenot gerettete Flüchtlinge auf. Das aber ist die eigentliche Crux an der Debatte. Sie ist nämlich typisch für die Diskussionen, die in den letzten Jahren über das Thema Flüchtlinge geführt werden. Man vermischt hier zwei Dinge, die nichts miteinander zu tun haben. Zwei Punkte werden dabei nämlich in Verbindung gebracht, einerseits das Thema Seenotrettung und andererseits die Aufnahme und Schutz von Verfolgten. Das jedoch sind zwei unterschiedliche Sachverhalte.

>>>>>

AM 28. OKTOBER GEGEN DAS
DIESEL-FAHRVERBOT STIMMEN!
AfD wählen!

AfD-Stadtverordnete zerplücken den Antrag ,Frankfurt wird sicherer Hafen' der Linken-Fraktion

Die Stadt heißt Frankfurt am Main und nicht Frankfurt am Mittelmeer!
>>>>>

Und beim Thema Seenotrettung wurde uns als AfD jetzt wie gewöhnlich gleich wieder alles Mögliche unterstellt. Vollkommen klar ist und darüber herrscht Grundkonsens, dass jemand, der in Seenot geraten ist, gerettet werden muss! Punkt. Darüber gibt es nichts zu diskutieren. Andererseits bedeutet die Rettung aus Seenot, Rettung aus einer aktuellen Notlage und Verbringung in den nächsten sicheren Hafen. Wir können Frankfurt nicht als nächsten sicheren Hafen erkennen. Denn die Stadt heißt Frankfurt am Main - und nicht Frankfurt am Mittelmeer! Nur, was hat die Seenotrettung mit der Aufnahme von Flüchtlingen zu tun? Nichts. Überhaupt nichts. Die Linken gehen in dem Antrag nämlich automatisch davon aus, dass diejenigen, die aus Seenot gerettet werden, Geflüchtete sind. Um die Diskussion kurz mal etwas zu versachlichen, ein Zitat aus der Genfer Flüchtlingskonvention. In Artikel 1 ist eindeutig definiert: Flüchtling ist, wer aus begründeter Furcht vor Verfolgung wegen seiner Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit er besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will.

Oliver Wurtz: Die Linken wollen, dass Frankfurt ein ‚sicherer Hafen‘ wird. Weshalb? Länder, in denen man Urlaub macht, sind doch sichere Häfen. Im Jahr 2017 besuchten sieben Mio. Touristen Tunesien und in Marokko wurde zum ersten Mal die Grenze von elf Mio. Touristen überschritten. In weiten Teilen Syriens herrscht Frieden. Somalia und Eritrea haben wieder diplomatische Beziehungen aufgenommen. Bloß wie sieht es mit der Sicherheit hierzulande aus? Am Mainuferfest haben wir in diesem Jahr mehr als 100 Merkel-Betonblöcke die überall verteilt wurden. Was wir machen müssen: Genau dieses Desaster stoppen! Sollen wir auf unsere Sicherheit, auf unsere Zukunft, die Zukunft unserer Kinder und die Zukunft unseres Landes verzichten? Nein, das werden wir gewiss nicht tun!

Markus Fuchs: Ehrlich gesagt, geht es in dieser Diskussion doch um etwas gänzlich Anderes. Die Linken sind da besonders unredlich. Sie befürworten – ganz klar, das haben sie auch auf ihrem Bundesparteitag unmissverständlich definiert -, offene Grenzen für Alle. Damit stehen sie für eine Massenzuwanderung auch unkontrollierter Natur. Das ist tatsächlich eine legitime Position! Diese kann man im demokratischen Diskurs vertreten. Man kann sich aber auch für das gerade Gegenteil positionieren. Damit haben die Linken ein Problem! Deswegen begehen sie den intellektuell sehr unredlichen Akt, indem sie Seenotrettung mit Einwanderung verknüpfen. Es ist geradezu perfide, da demjenigen, der gegen diese Art der Zuwanderung ist, automatisch auch unterstellt wird, er wolle Menschen ertrinken lassen. Das ist nichts anderes als der Versuch, den politischen Gegner, der nicht ihrem Weg folgen will, moralisch zu diskreditieren. Denken wir doch mal den Antrag der Linken, diese Denke, die hinter ihrem Antrag steht, konsequent zu Ende.

>>>>>



AM 28. OKTOBER GEGEN DAS
DIESEL-FAHRVERBOT STIMMEN!
AfD wählen!

AfD-Stadtverordnete zerplücken den Antrag 'Frankfurt wird sicherer Hafen' der Linken-Fraktion

Die Stadt heißt Frankfurt am Main und nicht Frankfurt am Mittelmeer!
>>>>>

Das würde nämlich bedeuten, dass jeder, der in Nordafrika in ein Schlauchboot steigt und vor den Hoheitsgewässern von Libyen rudert, automatisch das Recht besäße, nach Europa respektive Deutschland zu kommen. Bedauere, die AfD sieht das völlig anders!

Oliver Wurtz: Die Frage, die man sich hier stellen muss, lautet: Für wen oder wofür machen die Frankfurter Stadtverordneten denn Politik? Bei den Linken ist man gegen das Kapital, gegen Deutschland und gegen das deutsche Kapital. Bei Herrn Stock und den Grünen holzt man für Windräder in Deutschland gerne Bäume ab. Und nennt das ‚Ökologie‘. Bei der SPD kämpft man um das Überleben. So ist es eben, wenn man auf das falsche Pferd gesetzt hat und seine Wähler verrät. Wir von der AfD machen Politik für die Bürger dieses Landes und dieser Stadt! Frankfurter wollen nicht die ganze Welt retten, sondern ein lebensfähiges Sozialsystem erhalten. Mit fast einer Billion Euro, die in Deutschland im Jahr 2017 für Soziales ausgegeben wurde, können wir uns keine weitere Zuwanderung mehr in unser Sozialsystem leisten. Frankfurter wollen nicht die ganze weite Welt retten, sondern mehr Gerechtigkeit! Diesel-Fahrer werden fast kriminalisiert, aber: Seeräuber sind willkommen, Taliban-Kämpfer können Asyl genießen, Jihad-Touristen dürfen zurückkehren, kriminelle Afghanen werden wieder eingeflogen, Mehrfachtäter nicht abgeschoben, islamische Kämpfer sollen aus Gefängnissen im Irak zurückgeholt werden. Liebe Rot-Grüne, liebe rot-grüne Merkel-CDU: Solche Menschen muss man nicht unterstützen, sondern mit Nachdruck bekämpfen oder abschieben! Frankfurter wollen nicht die ganze Welt retten, sondern eine bessere Bildung. Seit Jahren sinkt das Bildungsniveau von Schülern massivst! Frankfurter möchten nicht die ganze Welt retten, sondern keine weiter wachsende Drogenszene! Frankfurter möchten nicht die ganze Welt beherbergen, sondern mehr Wohnungen, die sie sich auch leisten können! Laut Berechnungen werden 2030 alleine im Frankfurter Raum knapp 75.000 Wohnungen fehlen. Frankfurter möchten nicht die ganze Welt retten, sondern mehr Sicherheit! Die Kriminalstatistiken weisen seit 2015 einen rasanten Anstieg auf. Frankfurt braucht endlich einen Sicherheitsdezernenten, der diesen Namen verdient, und mehr Polizisten.

Markus Fuchs: Es ist nicht der Linken und nicht unser Wählerauftrag, die Welt zu retten. Wir sind keineswegs von einem global-galaktischen Parlament gewählt worden. Wir sind gewählt worden von den Frankfurter Bürgern, um die Frankfurter Angelegenheiten im Sinne der Frankfurter Bürger zu regeln - und sonst gar nichts! Und damit hat dieser Antrag nichts zu tun. Vielleicht sollten die Linken aufhören, die Welt hier vom Stadtparlament aus retten zu wollen und anfangen, Frankfurt zu verbessern. Das ist Aufgabe genug!



AM 28. OKTOBER GEGEN DAS
DIESEL-FAHRVERBOT STIMMEN!
AfD wählen!

AfD-Stadtverordneter Reinhard Stammwitz zur Anregung der KAV ‚Freiwilliger Verzicht auf AfD (-Mandate)‘

Unser Angebot vernünftiger Realpolitik lässt Verhinderungsstrategien verpuffen

Wohl für jeden ist erkennbar, dass die jüngste Anregung K90 der Kommunalen Ausländervertretung (KAV) derart lächerlich ist, dass es sich nur um Satire handeln kann. Eigentlich sollte man die Angelegenheit schlichtweg ignorieren. Aber als AfD suchen wir den Dialog und deshalb habe ich mich herzlich bei den Provokateuren für die Gelegenheit bedankt, auf der Plenarsitzung zur K90 sprechen zu dürfen. Die AfD erfreut sich bester Prognosen und wird demnächst in die letzten beiden Landtage einziehen. Wegen der AfD-Erfolge müssen Funktionsträger in den etablierten Parteien, – aber nicht nur dort –, fürchten, Einfluss und Pfründe zu verlieren. Kein Wunder, dass da der eine oder andere von Wunschträumen übermannt wird: So träumt auch die KAV von der freiwilligen Auflösung der AfD-Römerfraktion. Andere träumen vermutlich davon, dass die AfD sich zur Gänze aus dem ‚Politikbetrieb‘ zurückzieht. Ich kann alle beruhigen: So etwas wird es mit der AfD nicht geben und zwar aus drei Gründen:

Erstens: Die AfD wird sich nicht auflösen, weil sie nicht gedenkt, ihre Wähler zu betrügen. Im Falle der Römerfraktion und im Falle der Bundestagsfraktion würde eine Fraktionsauflösung 17.000 bzw. 6 Mio. AfD-Wähler tangieren: Alle würden im Nachhinein um ihr Votum gebracht. Wahlen würden zur Farce! Nein, mit der AfD wird es einen derartigen Betrug am Wähler nicht geben! Was aber soll man von denjenigen denken, die so etwas träumen und gar öffentlich anregen? Haben diese unsere parlamentarische Demokratie nicht verstanden? Oder aber: Rufen diese wissentlich zum Betrug am Wähler auf?

Nun zum zweiten Grund: Die AfD wird sich nicht auflösen, weil dies erneut Millionen Wähler heimatlos machte. Was ist gemeint mit ‚politisch heimatlos‘? Vor der Ära Merkel war in Deutschland die Parteienlandschaft noch halbwegs mit Alternativen gesättigt. Jetzt am Ende der Ära Merkel sind die etablierten Parteien nahezu ununterscheidbar. Wie kam es hierzu? Aus reinem Machtkalkül hat Merkel bekanntlich anderen Parteien ihre Kernthemen gestohlen und die CDU nach ihrer Fassung und Methode in die linke Mitte gerückt. Dabei hat Merkel bewusst in Kauf genommen, Wählern zu verprellen, die mit links-grüner Ideologie- und Moralpolitik nicht einverstanden sind. Ohne Skrupel hat die Merkel-CDU – salopp formuliert – beispielsweise folgende Politikangebote aus dem Sortiment genommen:

- **Bewahrung der Nationalstaatlichkeit**
- **Kein Aus- und Umbau der Währungsunion in eine Transfer- und Haftungsunion**
- **Energiewende ohne Klima Alarmismus & Hektik**

>>>>>



**AM 28. OKTOBER GEGEN DAS
DIESEL-FAHRVERBOT STIMMEN!
AfD wählen!**

AfD-Stadtverordneter Reinhard Stammwitz zur Anregung der KAV ‚Freiwilliger Verzicht auf AfD (-Mandate)‘

Unser Angebot vernünftiger Realpolitik lässt Verhinderungsstrategien verpuffen
>>>>>

- **Beendigung der ungeregelten Zuwanderung.**
- **Ablehnung der massenhaften Zuwanderung kulturfremder – meist unqualifizierter – Menschen.**
- **Fokussierung der Sozialpolitik auf die eigenen Landsleute anstatt grenzenloser Öffnung des deutschen Sozialstaats.**

Wie ist die ‚Hybris‘ der Merkel-CDU zu erklären? Offensichtlich war die Merkel-CDU fest davon überzeugt, die Besetzung der ihr anzulastenden Lücke im Parteienspektrum durch die AfD verhindern zu können. Wohl im Vertrauen auf folgende Strategie:

Kollektives Tabuisieren und Wegmoralisieren der von der AfD thematisierten Schicksalsfragen.

Kollektive Diskursverweigerung.

Stattdessen sogar gezielte Diskreditierung.

Nun zum dritten Grund, die AfD am Leben zu halten: Die AfD wird sich nicht auflösen sondern weiterhin ihren Auftrag erfüllen. Wie begreift die AfD ihren Auftrag? Er deckt sich mit dem, was Regierungsmitglieder in ihrem Amtseid gem. Art. 56 des GG schwören. Leitbild für die AfD ist weiterhin ‚das deutsche Volk‘, dessen Nutzen es zu mehren und von dem Schaden abzuwenden ist. Betrachtet man die Schadensbilanz der Regierungen unter Merkel, dann sind Zweifel erlaubt, ob den etablierten Parteien in der Regierung - aber auch in der Opposition! - der Kompass im Sinne des Amtseids abhandengekommen ist. Die Gesellschaft muss für die Tatsachen- und Problem-Blindheit der Merkel-Regierungen einen Preis zahlen.

>>>>>

**AM 28. OKTOBER GEGEN DAS
DIESEL-FAHRVERBOT STIMMEN!
AfD wählen!**

AfD-Stadtverordneter Reinhard Stammwitz zur Anregung der KAV ‚Freiwilliger Verzicht auf AfD (-Mandate)‘

**Unser Angebot vernünftiger Realpolitik lässt Verhinderungsstrategien verpuffen
>>>>>**

Wie hoch ist dieser Preis monetär ausgedrückt? Die von den Merkel-Regierungen in den zurückliegenden 13 Jahren zusätzlich geschaffenen Lasten veranschlagt Daniel Stelter, promovierter Ökonom und früher Top-Manager bei Boston Consulting laut einem Interview in der August-Ausgabe des Cicero insgesamt auf 3,7 bis 4,7 Billionen Euro. Die größten Lasten resultieren aus Fehlentscheidungen in den Bereichen Europolitik (1 bis 2 Billionen), Energiepolitik (0,5 bis 1 Billion) und Zuwanderungspolitik (0,9 bis 1,5 Billionen). Wohlgermerkt: Diese Kosten kommen ‚on top‘ auf ohnehin vorhandene Lasten, die vor allem aus der Alterung der Gesellschaft resultieren, und...für die keine Regierung der letzten 40 Jahre vorgesorgt hat. Wir sind nicht das Land - ich zitiere Stelzer - ‚welches sich gleichzeitig höhere Renten, eine Energiewende, Migration in die Sozialsysteme sowie die Rolle des finanziellen Garanten von Euro und EU leisten kann‘.

Die Tatsachen und Problemlindheit muss endlich ein Ende haben! Es bedarf dringlich eines grundlegenden Politikwechsels. Die AfD steht für den Wechsel weg von links-grüner Moralpolitik und Merkel'scher Sturheit und hin zu einer vernünftigen Realpolitik orientiert an nationalen Interessen ohne Rückfall in Nationalismus. Hierfür wird sie sich mit voller Kraft einsetzen und sich keineswegs selbst auflösen. Dies schulden wir dem ‚deutschen Volk‘ laut GG.



XX
**AM 28. OKTOBER GEGEN DAS
DIESEL-FAHRVERBOT STIMMEN!**
AfD wählen!

Bitte informieren Sie sich regelmäßig über unsere politische Arbeit im Frankfurter Stadtparlament unter: www.stvv.frankfurt.de/parlis2/parlis.html

Die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung sind öffentlich.

Nächster Sitzungstermin : **27. September 2018**

Anmeldung unter: einlasskarten.stvv@stadt-frankfurt.de

Bürozeiten der Fraktionsgeschäftsstelle:
Montag - Donnerstag 10 - 15 Uhr

Mail: info@afd-im-roemer.de

Tel.: 069 - 212 46 222

Internet: www.afd-im-roemer.de

IMPRESSUM

AfD-Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3
60311 Frankfurt am Main



Alternative
für
Deutschland

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Dr. Dr. Rainer Rahn (Fraktionsvorsitzender)